

Neues Gasfeld und höherer Benzinpreis

Südkoreas Daewoo International hat ein Abkommen mit drei Partnern geschlossen, um ein weiteres Gasfeld vor der Nordwestküste Burmas zu erforschen. Daewoo wird 60 Prozent der Anteile investieren, während Indiens Öl- und Erdgasfirma ONGC und die Gasbehörde Indiens (GAIL) 20 und zehn Prozent investieren werden. Südkoreas staatliches Energieunternehmen wird einen zehnprozentigen Anteil an den Investitionen haben. Daewoo bekam den Zuschlag zur Erforschung im Februar 2004.

Es ist das zweite Gasprojekt für Daewoo in Burma. Im März 2005 begann das Unternehmen die Gasförderung an einem Testbohrloch. Zu den geplanten Aktivitäten gehört auch der Bau einer Gasleitung nach Indien.

Burmas Energieministerium hat die Preise für Benzin und Diesel verachtfacht. Die Preise sind von 180 Kyat (elf Cent) auf 1.500 Kyat (94 Cent) pro Gallone (3,78 Liter) gestiegen. Über den Grund der Preiserhöhung wurden keine offiziellen Angaben gemacht. Sie wird

aber mit der Erhöhung der Preise auf den internationalen Märkten in Verbindung gebracht und soll einen Versuch darstellen, den Staatshaushalt zu entlasten, da Benzin stark subventioniert wird. Die Subventionierung und Rationierung der Treibstoffe Benzin und Diesel hatten außerdem zu einem blühenden Schwarzhandel geführt. Die hohen Preise führen laut Analysten zu einer Verschlimmerung der Inflation, die schon durch den Werteverfall des Kyat in den vergangenen Monaten drastisch angetrieben

nachrichten

worden war. Preise für Konsumgüter sind infolge der Benzinpreiserhöhung in die Höhe geschossen. Auch die Bus- und Taxipreise sind gestiegen.

vgl. *Yonhap News Agency*, 3.10.05;
International Oil Daily, 5.10.05;
Financial Times, 20.10.05

Ausscheiden aus der ILO?

Burma hat angedroht, die Mitgliedschaft in der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) zu kündigen, da die Versuche der UN-Organisation, Opfern von Zwangsarbeit in Burma zu helfen, die Souveränität des Landes verletze. Laut Arbeitsminister Thaugung habe die Militärregierung die Entscheidung bereits getroffen, jedoch die ILO noch nicht formal benachrichtigt. In einer Erklärung warnte die ILO, ein solcher Schritt hätte weitgehende und äußerst ernste Konsequenzen. Burma würde damit zugeben, dass es nicht in der Lage oder Willens sei, die Verpflichtungen zu erfüllen, denen es sich verschrieben hätte. Die ILO unterhält ein Büro in Rangun, doch die Aktivitäten sind in der Vergangenheit eingeschränkt worden. Im Laufe der Monate August und September 2005 soll das Büro 21 Morddrohungen erhalten haben mit der Aufforderung, sich nicht in »interne Angelegenheiten« einzumischen. Um aus der ILO auszutreten, muss die UN-Organisation zwei Jahre im Voraus benachrichtigt werden. Bisher hat ILO-Generaldirektor Juan Somavia jedoch noch keinen Austrittsantrag erhalten.

vgl. *Bangkok Post*, 29.10.2005

Soll UN-Sicherheitsrat eingreifen?

Der frühere tschechische Präsident Vaclav Havel und der südafrikanische Friedensnobelpreisträger Erzbischof Desmond Tutu haben den UN-Sicherheitsrat zu einem sofortigen Eingreifen gegen Burma aufgefordert. Ein solcher neuer, multilateraler diplomatischer Ansatz wird in einem von ihnen in Auftrag gegebenen Bericht mit dem Titel »Threat to the Peace — A Call for the UN Security Council to Act in Burma«, der von der internationalen Anwaltskanzlei DLA Piper Rudnick Gray Cary erarbeitet wurde, formuliert. Laut Bericht reichten Burmas Probleme — genannt werden unter anderem die Kombination aus Diktatur, Bürgerkrieg, Flüchtlingsströmen, AIDS-Epidemie und Drogenproduktion — über seine Grenzen hinaus und würden eine Gefahr für die Region und die internationale Gemeinschaft darstellen. Verglichen mit sieben anderen

Ländern, in denen der Sicherheitsrat in der Vergangenheit eingegriffen habe, sei die Situation in Burma noch drängender. Der Bericht empfiehlt, dass der UN Sicherheitsrat eine Resolution annehmen solle, die eine Zusammenarbeit mit UN-Generalsekretär Kofi Annan und Burma vorsieht, um einen Plan zur Wiedereinsetzung einer demokratisch gewählten Regierung auszuarbeiten. Die Oppositionspartei NLD begrüßte den Aufruf zur Intervention des UN Sicherheitsrates, ebenso wie die Exilregierung National Coalition Government of the Union of Burma (NCGUB) sowie die Karen National Union und Shan Democratic Union. Der 80-seitige Bericht steht auf der Seite <http://www.dlapiper.com> zur Verfügung.

vgl. *Irrawaddy*, 20.9.05; *Financial Times*, 20.9.05; *Kyodo News*, 22.9.05; *Democratic Voice of Burma*, 24.9.05; *VOA*, 25.9.05

NV einberufen

Die Ende März 2005 nach sechswöchigen Beratungen unterbrochenen Beratungen der Nationalversammlung zur Erarbeitung einer neuen Verfassung für Burma sollen am 5.12.2005 fortgesetzt werden, teilte der Vorsitzende des für die Zusammenkunft der Versammlung zuständigen Komitees, der erste Sekretär der herrschenden Militärjunta SPDC, General Thein

Sein, am 26.10. mit Beobachtern erwarteten nicht, dass die Versammlung, die mit Unterbrechungen seit 1993 tagt, die Verfassung in der kommenden Sitzungsperiode verabschieden wird. Die Versammlung tagt in einem 30 Kilometer von Rangun entfernten, speziell für diesen Anlass gebauten Camp.

vgl. *New Light of Myanmar*, 29.10.2005; *Daily Times*, 31.10.2005

Dorfbewohner angeklagt

Die burmesischen Behörden haben gegen einige Dorfbewohner aus Ngapyin, im Stadtgebiet Aunglan (Allen), Bezirk Pegu in Zentral-Burma Klage eingereicht, weil sie der *International Labour Organisation* (ILO) gegenüber angeblich »falsche« Angaben gemacht haben im Zusammenhang mit dem Tod von Win Lwin, der während der Zwangsarbeit gestorben war. Im Dezember 2004 zwangen lokale Behörden Bewohner Ngapyins, einschließlich Win Lwin, eine Straße zu reparieren, die Ngapyin mit der Schnellstraße zwischen Prome und Rangun verbindet. Win Lwin wurde durch einen Steinschlag getötet. Seine Familie berichtete den Vorfall im Februar 2005 an die ILO und das Arbeitsministerium in Rangun. Die Brüder Win Lwins und einige Bewohner Ngapyins wurden später von den Behörden gezwungen, auszusagen, dass sie freiwillig an der Arbeitsmaßnahme teilgenommen hatten.

vgl. *Democratic Voice of Burma*, 20.10.05

nachrichten

Humanitäre Hilfe gefordert

Der im November 2004 nach 15-jähriger Haft freigelassene ehemalige Studentenführer Min Ko Naing hat zusammen mit einer Gruppe anderer Aktivisten die internationale Gemeinschaft aufgefordert, weiterhin humanitäre Hilfe für Burma zu leisten. Die burmesische Regierung wurde aufgefordert, die Behinderungen internationaler Hilfsorganisationen aufzuheben. Die Aktivisten, die den Aufstand von 1988 angeführt hatten und viele Jahre im Gefängnis waren, erklärten, die humanitäre Situation in Burma sei in einem alarmierenden Zustand und effektive Maßnahmen müssten vor allem von internationaler Seite ergriffen werden.

Die Gruppe rief außerdem Junta und Oppositionsgruppen zur Zusammenarbeit auf, um Burmas humanitären Bedürfnisse entgegen zu kommen. Behinderungen für internationale humanitäre Organisationen wurden vermehrt seit der Absetzung Khin Nyunts im Oktober 2004 gemeldet. Der Global Fund zur Bekämpfung von Malaria, Tuberkulose und AIDS hat gerade seine Zahlungen eingestellt. Nun wird nach anderen Quellen gesucht. Japan hat unter anderem 50.000 US-Dollar zur Bekämpfung von Malaria zur Verfügung gestellt.

vgl. *Irrawaddy*, 7.9.05 *BBC News*, 7.9.05; *Democratic Voice of Burma*, 31.8., 7.9.05

Schlechte Nachrichten

Reporter ohne Grenzen bezeichnet Burma als das Land mit der am wenigsten freien Press in Ostasien und als fünfletzttes Land weltweit im Index des Jahres 2005. Der jährliche weltweite Bericht der Organisation mit Sitz in Paris führt Burma auf Platz 163 in einer Liste von 167 Ländern. Nord-Korea, eines der »schwarzen Löcher« auf der Welt, wenn es um Nachrichten geht, wo die Meinungsfreiheit nicht existiert, bildet das Schlusslicht.

»In Burma war keine Verbesserung zu sehen«, so der Bericht, der hinzufügt, dass Journalisten, die der Opposition nahe stehen nach wie vor von der Junta inhaftiert sind, während das Büro für Zensur die Presse überwacht, sogar die Todesanzeigen. Im Vergleich zu 2004 ist Burma zwei Ränge nach oben geklettert. Aber, wie Zin Linn von der Exil- »Burma Media Association« gegenüber *Irrawaddy* sagte, nicht

weil sich die Pressefreiheit im Land verbessert hätte, sondern weil der Iran und Turkestan noch schlechter dastehen als Burma. In den beiden Ländern wurden Journalisten ermordet. »Meiner Meinung nach ist die Pressefreiheit schlechter geworden als vorher.« Zin Linn fügte hinzu, kürzliche Initiativen des Regimes in Rangun Journalisten auszubilden und 18 private Medien zu erlauben, brächten keinen echten Nutzen für die Medien. Sie seien eher dazu gedacht, etwas gegen kritische ausländische Medien und burmesische Medien im Exil zu tun. Er zitierte einen Artikel, der vor kurzem im staatlichen *New Light of Myanmar* unter dem Titel »Den Medien mit Medien begegnen« erschienen ist und der die regierungstreue Presse aufforderte, unvoreilhaftige Berichte aus Übersee zu attackieren.

vgl. *Irrawaddy*, 21.10.2005

Waffen nicht an Junta übergeben

Vertreter von drei ethnischen Gruppen, die einen Waffenstillstand mit der Regierung Burmas geschlossen haben, sagen, dass sie ihre Waffen nicht an die Junta übergeben werden, auch wenn das die Regierung verlangt. Am 11. Oktober 2005 äußerten burmesische Beamte gegenüber dem malaysischen Außenminister Datuk Seri Syed Hamid Albar, dass ihre erste Priorität die Einheit des Landes sei. Das mache es jedoch erforderlich, dass die ethnischen Gruppen alle ihre Waffen abgeben, um Uneinigkeit und Destabilisierung zu vermeiden, die man jetzt im Irak sieht. Doch Gruppen wie die *New Mon State Party* (NMSP) und die *Karen Democratic Buddhist Army* (KDBP) weigern sich, ihre Waffen abzugeben. *Nai Han Tha*, Generalsekretär der NMSP sagte, man werde die Waffen nicht ohne Garantien von Seiten der Regierung abgeben, vor Verfolgung durch die Regierungssoldaten sicher zu sein. »Wir haben vereinbart,

den Kampf zu beenden, aber nicht uns zu ergeben. Wir brauchen einen Dialog. Bis jetzt hat sie (die burmesische Militärregierung) nie mit uns gesprochen«, so *Nai Han Tha* und fügte hinzu, dass Themen in Bezug auf den Mon Staat in der Nationalversammlung, die in den nächsten beiden Monaten ihre Arbeit wieder aufnehmen soll, nur wenige Diskussionen hervorgerufen habe. Die NMSP einigte sich am 29. Juni 1995 auf einen Waffenstillstand mit der Regierung in Rangun.

Weitere Gruppen werden ihre Waffen ebenfalls nicht an die Militärregierung abgeben. »Die burmesische Militärregierung sollte wissen, dass wir nicht alles tun, was sie wollen«, sagte Major Chit Thu von der DKBA, Batallion 999. Die Gruppe hatte sich 1995 von der »Karen National Union« abgespalten und einen Waffenstillstand mit Rangun verhandelt.

vgl. *Irrawaddy*, 14.10.05

Agenda des UN-Sicherheitsrates

Die Vereinigten Staaten unternehmen einen neuen Versuch, den UN Sicherheitsrat mit den Menschenrechtsverletzungen der herrschenden Militärjunta in Burma zu konfrontieren, gegen den starken Widerstand einiger Mitglieder, so ein US Beamter. Amerikanische Diplomaten sind in einige Kern-Hauptstädte weltweit gereist, im Versuch, andere Regierungen davon zu überzeugen, dass der Rat, dem 15 Nationen angehören, der mächtigste Entscheidungskörper der UN, über Burma diskutieren sollte, so US Botschafterin Anne Patterson. »Die Vereinigten Staaten würden das Thema sehr gerne vor den Sicherheitsrat bringen, sofern wir genügend Unterstützung bekommen«, sagte Patterson. »Wir sind der Meinung, dass es vor den Sicherheitsrat gehört.«

Prozessregeln verbieten es dem Rat, Themen zu behandeln, die nicht auf seiner Agenda stehen, was den Nationen erlaubt, Diskussionen zu blockieren, die sie lieber nicht führen wollen. Im Juni 2005, als die Vereinigten Staaten versuchten die Zwangslage von Burmas inhaftierter Pro-Demokratie Führerin Aung San Suu Kyi und 1.300 anderen politischen Gefangenen zum Thema zu machen, blockierten China und Russland. Patterson wollte die involvierten Länder nicht nennen, aber ein US Beamter sagte, dass dieselben Länder blockieren wie im Juni. Japan und die Philippinen stehen der Diskussion ebenfalls widerwillig gegenüber. China ist schon lange dagegen, über Burma zu diskutieren, wegen seiner engen Bindungen zu dem Land. Von den Russen nimmt man an, dass sie dagegen sind, weil sie Angst davor haben, derartige Diskussionen könnten wie ein Bumerang zurückkommen und zu Diskussionen über die abtrünnige Republik Tschetschenien führen.

vgl. *Associated Press*, 13.10.05